

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umwelt- und Baupolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

20.04.2018

Diskussion um die Zukunft der Europäischen Union

In dieser Sitzungswoche des Deutschen Bundestages ist über wichtige Reformvorhaben der Europäischen Union diskutiert worden.

Die EU befindet sich in einer entscheidenden Phase, die von internationalen Kräfteverschiebungen und Krisen, der Globalisierung, der Digitalisierung sowie dem bevorstehenden Brexit geprägt ist.

Wenn wir ein Europa wollen, das in der Lage ist seine Interessen selbst wahrzunehmen und sich seiner Verantwortung stellen kann, müssen wir Europäer unser Schicksal stärker in die eigene Hand nehmen. Nach dem Prinzip der Subsidiarität, dem die EU folgt, sollen nur diejenigen Aufgaben auf EU-Ebene gelöst werden, die einzelne Mitgliedsstaaten alleine nicht lösen können.

Diese Aufgabe betreffen vor allem folgende Bereiche:

- Finanzrahmen ab 2021
- Wirtschafts- und Währungsunion
- Digitalisierung, Energiebinnenmarkt, Außenhandel
- Europäische Verteidigungspolitik
- Europäische Asylpolitik
- Brexit
- Erweiterung der EU

Beim Finanzrahmen kommen in der EU ab 2021 weitere wachsende Herausforderungen zu. Gerade bei der Sicherung der gemeinsamen Außengrenzen, der grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung muss die EU über notwendige finanzielle Mittel verfügen. Neben der Reduzierung der Migrationsströme ist auch noch der digitale Binnenmarkt zu realisieren, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, sowie die Forschung, Innovation und Bildung (Erasmus+) zu realisieren.

Bei der Wirtschafts- und Währungsunion, dem zentralen Baustein der EU, muss der Leitgedanke weiterhin bestehen bleiben, dass die Übernahme von Risiken durch einen Mitgliedsstaat mit der Haftung durch diesen Staat einhergehen muss und dass Finanzhilfen nur gegen strikte Auflagen erteilt werden.

Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes, insbesondere der Ausbau der transnationalen Stromnetze, ist ein wichtiger Bestandteil für eine sichere, bezahlbare

und umweltverträgliche Energieversorgung. Eine Europäische Handelspolitik mit einer Stimme beugt gegen protektionistische Gefahren im Welthandel vor.

In der Europäischen Verteidigungspolitik muss sich die EU selbständiger schützen können, um gegen Krisen, Terror und Krieg an seinen Außengrenzen gewappnet zu sein. Hierzu ist es notwendig in Richtung Europäische Verteidigungsunion zu gehen, um eine bessere und effizientere Kooperation im Bereich Sicherheits- und Verteidigung zu erreichen.

In der Europäischen Asylpolitik muss eine faire Lastenteilung in Europa gefunden werden und gleichzeitig darauf geachtet werden, die Zuwanderung auf ein gesellschaftlich akzeptiertes Maß zu beschränken. Der Ausbau von FRONTEX zur Europäischen Agentur für Grenz- und Küstenschutz ist ein Schritt in die richtige Richtung. Auch müssen alle Maßnahmen verbessert werden, die dem Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden der EU fördern, um die innere und äußere Sicherheit der EU dienen und die wirksam internationalen Terror und grenzüberschreitende Kriminalität bekämpfen.

Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs (GB) aus der EU, verliert die EU ein sicherheitspolitisches Schwergewicht mit Sitz im VN-Sicherheitsrat sowie seinen drittgrößten Nettozahler. Die Haushaltslücke der EU wird nun auf 12 bis 14 Milliarden Euro jährlich beziffert. Zum beiderseitigen Nutzen sollen zwischen EU und GB vor allem in Fragen der Sicherheit und der Verteidigung kooperiert werden.

Die EU hat bereits 2003 den Staaten des Westlichen Balkans eine Perspektive zum EU-Beitritt in Aussicht gestellt. Mit Serbien und Montenegro verhandelt die EU bereits. Mit Mazedonien und Albanien kommen neue Beitrittskandidaten hinzu. Dieser Beitritt ist an Kriterien geknüpft, die die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, eine funktionierende Marktwirtschaft und die Übernahme des EU-Rechts einschließt.

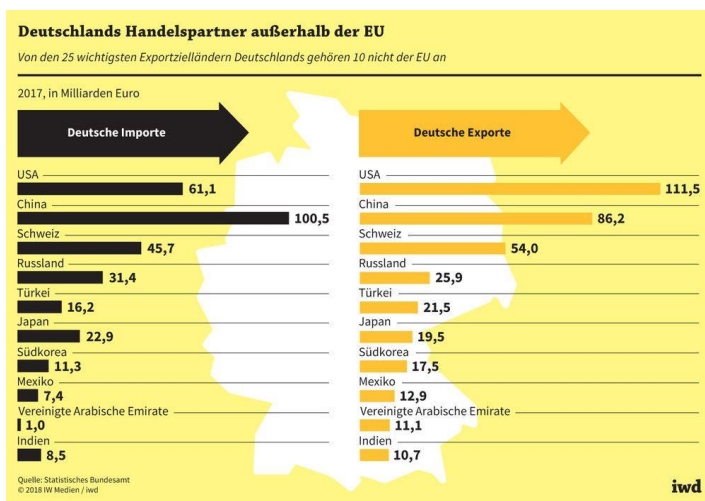
Zum EU-Gipfel im Juni könnten entsprechende Reformen auf den Weg gebracht werden.

Datenschutzverordnung betrifft auch KMU

Die neue Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) tritt mit neuen Vorschriften für den Daten- und Verbraucherschutz offiziell am 25. Mai in Kraft. Danach gelten auch neue Regeln für das E-Mail-Marketing. Wer Werbemails verschicken will, muss dann eine nachweisbare Einwilligung jedes einzelnen Adressaten vorweisen können. Lediglich 10 Prozent der Unternehmen haben laut Umfrage ihre Prozesse aber erst entsprechend angepasst, 56 Prozent sind aktuell noch damit beschäftigt. Gerade kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sollten nun darauf achten, wie sie Daten ihrer Kunden oder Beschäftigten speichern. Die Reform betrifft nicht nur die Großen wie Facebook oder Google, sondern auch kleine Vereine, Vermieter oder mittelständische Betriebe. Diese sind allerdings wenig auf die neue Situation eingestellt, wie das Institut Forssa in einer repräsentativen Umfrage festgestellt hat. Die Mehrheit der befragten KMU wissen noch nichts von der neuen rechtlichen Lage oder haben sich darauf noch nicht vorbereitet. (dpa)

Deutscher Handel mit dem Ausland

Während der Handel zwischen den EU-Mitgliedsstaaten frei ist, müssen die Geschäfte mit anderen Ländern vertraglich geregelt werden. Von Deutschlands 25 wichtigsten Handelspartnern gehören zehn nicht der EU an. Der [iwd](#) zeigt den deutschen Außenhandel mit diesen Ländern und beschreibt die EU-rechtlichen Grundlagen dafür. (IWD, Stat. Bundesamt)



Ausländische Berufsabschlüsse verstehen

Die EU-Staaten haben auf Vorschlag der Europäischen Kommission eine Modernisierung des „Europass“ beschlossen, mit dessen Hilfe seit über zehn Jahren Arbeitnehmer ihre Qualifikationen und Lebensläufe im Ausland besser verständlich machen können. Künftig soll es ein E-Portfolio für die Speicherung und den Austausch von Informationen, Instrumente für die Selbstbewertung

der Kompetenzen sowie Instrumente für die Beschreibung der in formellen und informellen Lernprozessen erworbenen Kompetenzen und Qualifikationen geben. Erstmals wird Europass auch Informationen zur Unterstützung der Karriereplanung anbieten, unter anderem zu Trends und Anforderungen des Arbeitsmarkts sowie zu Beratungs- und Weiterbildungsangeboten in ganz Europa. Täglich hat das Europass-Portal über 55.000 Besucher, über 100 Millionen. Europass-Lebensläufe wurden seit 2004 heruntergeladen. In Deutschland ist besonders der Europass Mobilität zum Nachweis von Lernaufenthalten im Ausland beliebt: Bis März 2018 wurden bereits 250.000 Mobilitätsnachweise beantragt. Damit ist Deutschland Spitzenreiter in Europa. (https://ec.europa.eu/germany/news/20180412-europass_de)

Arbeitsplätze und Digitalisierung

Digitaler Wandel führt nicht zu Arbeitsplatzabbau. In einer jüngst veröffentlichten Studie widerlegt das Institut der deutschen Wirtschaft die weit verbreitete These, wonach die fortschreitende Digitalisierung zu einem flächendeckenden Abbau von Arbeitsplätzen führe. Dies lasse sich in Deutschland für die letzten drei Jahre nicht bestätigen. Vielmehr hätten Unternehmen 4.0, also stark digitalisierte Firmen, ihre Belegschaften häufiger vergrößert als weniger digitalisierte Unternehmen. Welche Auswirkungen die Digitalisierung jedoch grundsätzlich auf die Beschäftigungsentwicklung hat, lasse sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantworten. Auch wenn sich keinerlei Belege für einen durch den digitalen Wandel bedingten Arbeitsplatzabbau finden lassen, legten die ermittelten Ergebnisse nahe, dass die Beschäftigungsentwicklung von verschiedenen Faktoren abhängt. Im verarbeitenden Gewerbe etwa, einer Branche mit hohem Automatisierungsgrad, seien zuletzt weniger Beschäftigte eingestellt worden. Das habe jedoch vielmehr mit dem Fachkräftemangel und weniger mit dem Digitalisierungsgrad zu tun. (Institut der deutschen Wirtschaft Köln)

Zitate

„Wir brauchen offene Debatten und wir brauchen zum Schluss auch die Fähigkeit zum Kompromiss“ (Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag, 19.4.2018, in Berlin bei einem Besuch des französischen Präsidenten; dpa)

„Ich habe gelernt, dass man in Neuseeland anders vorgeht, dass in einer Dreierkoalition nicht alle drei Partner ein Dokument haben, sondern dass man mit den jeweiligen Partner unterschiedliche Dokumente verfassen kann.“ (Bundeskanzlerin Angela Merkel am 17.4.2018 in Berlin nach einem Treffen mit der neuseeländischen Ministerpräsidentin Jacinda Ardern; Reuters)